

PRESSE-Archiv (seit Mai 2008)

CDU: Nutzungskonzept offenlegen

Hauptversammlung: Leeheimer Christdemokraten diskutieren übers alte Feuerwehrhaus sowie Kreis- und Stadtfinanzen

LEEHEIM.

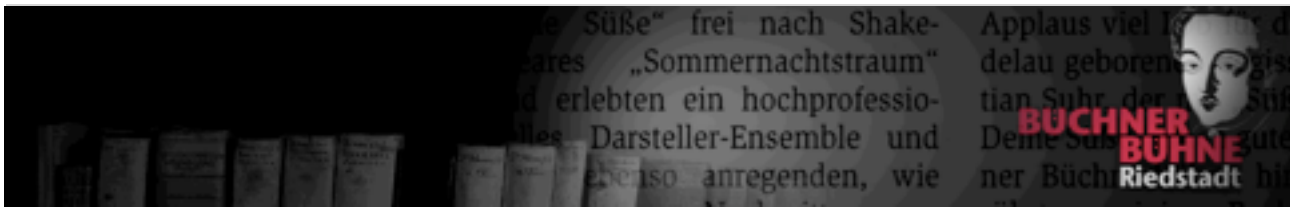
Die Nutzung der alten Leeheimer Feuerwehrunterkunft als künftiges Domizil der Bühnerbühne stand im Mittelpunkt der Hauptversammlung des Leeheimer CDU-Ortsvereins im »Rheintal«. Sowohl im Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Peter Spartmann als auch im Bericht des Fraktionsvorsitzenden Richard Kraft wurde die künftige Nutzung des ursprünglich zum Abriss vorgesehenen Gebäudes auf dem Rathausareal thematisiert.

Einerseits wurde kritisiert, dass die SPD vom einst gemeinsam mit der CDU entwickelten Konzept für dieses Areal, »ohne mit uns Rücksprache zu halten« (Peter Spartmann), abgerückt sei. Andererseits wurde grundsätzlich kritisiert, dass ohne eine umfangreiche Renovierungsplanung und entsprechende Kostenschätzung »eben mal 65 000 Euro« in das abbruchreife Feuerwehrhaus investiert werden sollen, wie es SPD und GLR im Parlament beschlossen haben.

»Das ist wie ein Fass ohne Boden«, befürchtet Wilhelm Wald. Dass dieses Haus abbruchreif sei, habe ein Gutachter im Auftrag der Stadt bestätigt, betonte Wald. Da der CDU nur bekannt sei, dass die Kehrtwende vom ehemaligen Bürgermeister Gerald Kummer ausgegangen sei, der der Bühnerbühne diese Bleibe angeboten haben soll, fordert die Leeheimer CDU Einsicht in die getroffenen Absprachen.

Dies werde auch verlangt, weil bekannt geworden sei, dass die Bühnerbühne die künftige Gesamtnutzung für dieses Haus koordinieren soll – »auch die Nutzung durch die Vereine«. Weiterhin will die CDU, dass die dort geplanten Veränderungen mit den Anliegern besprochen werden. Auch, damit nicht im Nachhinein, so wie beim Bühnerhaus-Areal in Goddelau, der einst dort gedachte Kulturbetrieb in der Scheune (aufgrund eines Rechtsstreits) stark eingeschränkt würde.

»Das Nutzungskonzept muss endlich her«, forderte Spartmann. Und da bekannt wurde, dass die Bühnerbühne dies bereits der SPD vorgestellt habe, forderte



PRESSE-Archiv (seit Mai 2008)

die Versammlung auf Anregung der Bürgermeister-Kandidatin Melanie Dörr, dass diese Rahmenregelung noch in diesem Jahr der Öffentlichkeit, etwa bei einer Bürgerversammlung vorgestellt wird. Vorsitzender Spartmann soll dies im Gespräch mit der Stadträtin Erika Zettel erreichen.

Aus dem Kreistag berichtete Günter Schork. Er kritisierte mit Blick auf die defizitäre Haushaltslage, dass auch dort nur die zurückgegangenen Einnahmen für diese Misere genannt werden. Der Kreis habe mittlerweile 62 Millionen Euro mehr Ausgaben als Einnahmen. Die langfristigen Schulden lägen bei etwa 255 Millionen Euro. Und unter Berücksichtigung der Kassenkredite von rund 220 Millionen Euro sei die gesamte Schuldenlast mittlerweile auf rund 500 Millionen Euro angewachsen.

Die ungezügelten Ausgaben sind das Problem, kritisierte Schork: »Ich hoffe, dass dies auch die Bürger bald merken.«

Dass auch Riedstadt inzwischen über 20 Millionen Euro Schulden hat, daran erinnerte die Bürgermeister-Kandidatin Melanie Dörr. »Die Finanzen müssen daher dringend auf den Prüfstand«, lautete ihre Forderung. Dörrs Meinung nach hätten SPD und Grüne dies bisher versäumt.

Als weitere Aufgaben, falls sie zur Bürgermeisterin gewählt würde, nannte sie unter anderem die interkommunale Zusammenarbeit, die forcierte Gewerbeansiedlung, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Umwelt- und Energiepolitik im Einklang auch mit den Landwirten. Zudem will sie sich für eine Verkehrspolitik in Riedstadt einsetzen, bei der Verkehrsberuhigungsmaßnahmen nicht zum Ärgernis der Bevölkerung werden.

18. November 2010 | hhh

[DARMSTÄDTER ECHO](#)